



SOLIDARITÄT GEFORDERT

Alarmierende Lage für Gewerkschaften

Die Zahlen sind besorgniserregend: In 90 % der Länder dieser Erde wird das Streikrecht verletzt, in 80 % der Länder gibt es kein Recht auf Kollektivverhandlungen; in 77 % kein Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Gewerkschafter auf den Philippinen, in Kolumbien, Eswatini, Bangladesch und etlichen anderen Ländern werden ermordet.



Quelle: IGB

Das ist kurz und knapp der Befund des Global Rights Index 2023, einer jährlich vom Internationalen Gewerkschaftsbund durchgeführten Untersuchung über den Zustand der gewerkschaftlichen Rechte weltweit. Als die zehn schlimmsten Länder für Arbeitnehmer_innen führt der Index auf: Bangladesch, Belarus, Ecuador, Ägypten, Eswatini (das frühere Swasiland), Guatemala, Myanmar, Philippinen, Tunesien, Türkei. (Russland und die Ukraine wurden wegen der Kriegsverhältnisse nicht berücksichtigt). Hinter den nüchternen Zahlen des Berichts verbergen sich Schicksale von vielen mutigen Männern und Frauen, die unter widrigsten und mitunter lebensgefährlichen Bedingungen für Arbeitnehmerrechte kämpfen.

Dazu nur einige Beispiele: Chhim Sithar aus Kambodscha, verurteilt zu zwei Jahren Gefängnis, weil sie einen Streik anführte. Oder Reza Shahabi, Vorsitzender der Teheraner Busfahrergewerkschaft, verurteilt zu sechs Jahren wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen im Mai 2022. Oder Hanna Ablab, Mutter von drei Kindern, in Belarus zu 11 Jahren verurteilt, weil sie geholfen hat, Streiks gegen die Wahlfälschung Lukaschenkos von 2020 zu organisieren. Wir dürfen sie nicht allein lassen. Die weltweit für Gewerkschaftsfreiheit kämpfenden Kolleg_innen brauchen unsere Solidarität, jetzt und auf Dauer. Gewerkschaftliche Rechte sind Menschenrechte. Ihre Unterdrückung trifft alle Arbeitnehmer_innen.

Wir rufen alle Kolleg_innen des Gewerkschaftstages der IG Metall und der Gliederungen der Gewerkschaften des DGB auf: Macht die Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte weltweit zu Eurem ständigen Anliegen. Solidarität kennt keine Grenzen!

Mehr dazu im Netz

- › Volltext des Globalen Rechtsindex
- › Artikel zum Globalen Rechtsindex
- › Aktuelle Informationen auf der Homepage des IGM-Bildungszentrums Sprockhövel

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER_INNEN



EDITORIAL

von Jürgen Kerner

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor drei Jahren haben wir die Zusammenarbeit mit Amnesty International aufgebaut – zugunsten verfolgter Gewerkschafter_innen.

Der Start war denkbar schwierig. Kurz nach dem gemeinsamen Auftaktworkshop von Amnesty und IG Metall im Februar 2020 kam Corona über die Welt. Dennoch bildeten sich sowohl bei Amnesty als auch bei der IG Metall ehrenamtliche Zusammenhänge; und die funktionieren bis heute. Unser Bildungszentrum Sprockhövel unterstützt die Arbeit. Nach der Auftaktveranstaltung zur Unterstützung verfolgter Gewerkschafter_innen am 18. Oktober 2022 wurde eine aktuell gehaltene Dauerausstellung eingerichtet. Auf seiner [Website](#) bietet das Bildungszentrum aktuelle Infos.

Bei unserem Workshop mit Amnesty im Januar 2023 hatten wir Maksim Pazniakou zu Gast, den kommissarischen Vorsitzenden des Dachverbandes der freien Gewerkschaften in Belarus. Er berichtete über die dramatische Lage in seinem Land. Wir verabredeten, die verfolgten Kolleg_innen in Belarus zu unterstützen: Zum 1. Mai führten wir die Postkartenaktion „Freiheit für die gefangenen Gewerkschafter_innen in Belarus“ durch. 68 Geschäftsstellen und die Vertrauensleute von Volkswagen machten mit. Sie verteilten rund 32.000 Karten, die Unterschriften gingen an die belarussische Botschaft. Zum Gewerkschaftstag 2023 organisieren wir wieder eine Unterstützungsaktion für die Freiheit der Gefangenen in Belarus.

Gewerkschaftsarbeit ist für uns tagtägliche selbstverständliche Praxis. In vielen anderen Ländern werden Kolleg_innen dafür eingekerkert, gefoltert, getötet. Daran wollen wir erinnern, auch auf dem Gewerkschaftstag. Bitte tragt die Unterstützung verfolgter Gewerkschafter_innen von Frankfurt in die Republik, in Eure Betriebe und Geschäftsstellen, in unsere Schwestergewerkschaften und DGB-Regionen.

Vielen Dank!



BELARUS

Lebensgefahr für Gewerkschafter_innen

Seit der Proteste gegen Lukaschenkos Fälschung der Präsidentschaftswahl im August 2020 ist Belarus Schauplatz einer sich stetig verschärfenden Repression. Betroffen sind auch die führenden Mitglieder und Aktivisten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.

Salidarnast, die Vertretung der Unabhängigen Gewerkschaften von Belarus in Deutschland, berichtet über demonstrative und brutale Verhaftungen von Kolleginnen und Kollegen an ihren Arbeitsplätzen, die vor den Augen der anderen Mitarbeiter_innen in Handschellen abgeführt werden. In vielen Firmen werden die Smartphones der Beschäftigten kontrolliert. Die Staatsmacht will herausfinden, wer im Internet staatskritische Inhalte liest.

Zur Zeit befinden sich 50 unabhängige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Gefängnissen und Straflagern des Landes. Einige warten noch auf ihr Urteil. So **Volha Brytsikava**, Vorsitzende der Unabhängigen Gewerkschaft in der Öltraffinerie Naftan. Mehrmals saß sie bereits im Gefängnis, weil sie unter anderem gegen den von Lukaschenko unterstützten Krieg Putins in der Ukraine protestierte. Jetzt ist sie wegen Aufruf zum Umsturz, Hochverrat und Terrorismus angeklagt. Ihr drohen bis zu sechs Jahren Freiheitsentzug. Die Haftbedingungen in Belarus sind hart. Alle Gefangenen werden zur Arbeit an sechs Tagen die Woche gezwungen, auch wenn sie älter als 70 sind. In den Gefängnissen regiert staatliche Willkür.

Sie traf zum Beispiel **Polina Sharenda-Panasiuk**, Aktivistin der Gewerkschaft der Beschäftigten der Radioelektronischen Industrie. Sie wurde zu insgesamt drei Jahren verurteilt und ist in der Haft immer wieder in Strafhaft gesteckt worden.

Bei einem tätlichen Angriff erlitt sie einen Nasenbruch, Rippenbrüche und eine Nierenquetschung.

Alle Berichte, die aus den Gefängnissen nach außen gelangen, zeigen eine ungebrochene Moral der gefangenen Gewerkschafter_innen. Doch manche, vor allem die älteren unter ihnen, leiden unter Krankheiten, die sich unter den Haftbedingungen verschlimmern. Das gilt für:

Aliaksandr Yarashuk, 72, Präsident des Kongresses der demokratischen Gewerkschaften von Belarus, Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Mitglied der Exekutive der Internationalen Arbeitsorganisation, verurteilt zu vier Jahren Gefängnis;

Henadz Fiadynich, 66, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten der Radioelektronischen Industrie (REP), verurteilt zu neun Jahren Gefängnis;

Vasil Berasnieu, 73, kommissarischer Vorsitzender der REP, verurteilt zu neun Jahren Gefängnis;

Vatslau Areshka, 68, Redakteur der Zeitung der REP, verurteilt zu acht Jahren Gefängnis.

Alle vier sind chronisch erkrankt, unter anderem auch an Krebs. Ihr Leben ist gefährdet! Handeln wir gemeinsam für die Freiheit dieser vier Kollegen, für die Freiheit von Polina Sharenda-Panasiuk und Volha Brytsikava sowie aller inhaftierten unabhängigen Gewerkschafter und politischen Gefangenen in Belarus.

Hier die Online-Petition

an die Botschaft von Belarus auf der Website des IGM-Bildungszentrums Sprockhövel.



MELDUNGEN

Bangladesch

In Bangladesch arbeiten Unternehmer, Totschläger, örtliche Politiker und die Polizei zusammen, um jeden zu schikanieren, der versucht, Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Auch vor Morden schreckt man nicht zurück. IndustriAll berichtet, dass ein als gewerkschaftlicher Organizer tätiger Kollege der Textilarbeitergewerkschaft in Gazipur von gedungenen Gewalttätern totgeschlagen wurde, weil er angeprangert hatte, dass Löhne nicht ausgezahlt worden waren. Ein anderer Kollege der Textilindustrie wurde ermordet, offensichtlich weil er versucht hatte, Arbeiter in Ashulia zu organisieren. Hier ein ausführlicher [Bericht](#).

Finnland

Die finnische Rechtsregierung verfolgt Pläne zur Erleichterung von Entlassungen und Einschränkungen des Streikrechts. Die finnische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes erwägt Berichten zufolge einen Generalstreik zur Abwehr dieser Pläne.

Griechenland

Die konservative griechische Regierung hat den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes vorgelegt, der massive Angriffe auf das Streikrecht beinhaltet. Er kriminalisiert Streikposten und erleichtert Streikbruch. Verstöße sollen mit sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von mindestens 5.000 Euro geahndet werden. 2021 wurde das Arbeitsgesetz schon einmal zu Lasten der Arbeitnehmer geändert. Seitdem ist bei Streiks im Öffentlichen Dienst eine Mindestdienstleistung von 33 Prozent vorgeschrieben. Außerdem Inhalt des Entwurfs: Möglichkeit für die Arbeitgeber, die tägliche Arbeitszeit einseitig auf bis zu 13 Stunden täglich (78 Stunden wöchentlich) zu erhöhen und die Mitarbeiter zur Arbeit am Wochenende und auf Abruf zu verpflichten.

Kambodscha

Unternehmen in Kambodscha benutzen Zeitarbeitsverträge, um aktive Gewerkschafter loszuwerden. Gesetzlich erlaubt sind Verträge mit zwei Jahren Dauer und Anschlussverträge von weiteren zwei Jahren. Die Verträge der örtlichen Gewerkschaftsverantwortlichen Ley Phearin, Bo Visal, Sao Phal and Yun Sokha und vierer weiterer Kolleg_innen beim Unternehmen Shun Xin Luggage Industrie wurden nach einem Bericht von IndustriAll im Juli bzw. August nicht verlängert, weil sie eine örtliche Gewerkschaft gegründet hatten.

Mexiko

Victor Licon, Generalsekretär der Verwaltungsangestellten des mexikanischen Bundesstaates Hidalgo, wurde am 1. Juli verhaftet, als er auf dem Weg zu einer Gewerkschaftsversammlung war. Hintergrund ist ein Konflikt der Gewerkschaft mit der Staatsführung, die die Gewerkschaftsfreiheit permanent missachtet und die Auszahlung vereinbarter Lohnerhöhungen verweigert. In der Haft werden Victor grundlegende Rechte (z. B. Besuche von Familienangehörigen) verweigert. Public Services International fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung, die Aufhebung der Maßregelungen weiterer Gewerkschafter_innen und die Wiederöffnung der Gewerkschaftsbüros, die von der Polizei gewaltsam geräumt wurden. Hier die [Online-Petition](#) bei Labourstart.

Moderne Sklaverei

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation leben 50 Millionen Menschen weltweit in moderner Sklaverei, davon 28 Millionen in Zwangsarbeit und 22 Millionen in Zwangsehen. Das sind insgesamt 10 Millionen mehr als noch 2016. Der überwiegende Teil der

[Weiter nächste Seite](#)



Zwangsarbeit (86%) findet im privaten Sektor statt, staatlich angeordnete Zwangsarbeit macht 14% aller Fälle von Zwangsarbeit aus. 23% aller Fälle von Zwangsarbeit entfallen auf kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen. Fast jeder achte von Zwangsarbeit betroffene Mensch ist ein Kind (3,3 Millionen).

Myanmar

Eine Untersuchungskommission der Internationalen Arbeitsorganisation hat in Myanmar weitreichende Verletzungen der Vereinigungsfreiheit und der Vereinbarungen gegen Zwangsarbeit festgestellt. Sie fordert die Militärregierung von Myanmar auf, alle Formen von Gewalt, Folter und anderer unmenschlicher Behandlung sofort einzustellen sowie jede Art von Zwangsarbeit zu beenden.

Philippinen

Am 5. Oktober meldete der Internationale Gewerkschaftsbund den Tod des Gewerkschafts-Organizers Jude Thaddeus Fernandez, Mitglied der zum IGB gehörenden philippinischen Kilusang Mayo Uno. Er wurde von der Polizei erschossen. Seit 2016 wurden 72 Gewerkschafter auf den Philippinen umgebracht, vier seit Januar 2023. Der Generalsekretär des IGB, Luc Triangle, erklärte: Fernandez „war ein tapferer Gewerkschafts-Organizer, der seine Arbeit unter dem brutalen Regime von Ferdinand Marcos begann. (...) Wir fordern eine umfassende und unabhängige Untersuchung. Die Verantwortlichen für diesen Mord müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Russland

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) zur unerwünschten Organisation erklärt. Ihre Aktivitäten stellten eine Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung der Russischen Föderation dar, so die Behörde. Die ITF befürchtet Konsequenzen für die 1,65 Millionen russischen Transportarbeiter, insbesondere die 200.000 Seeleute, von denen viele auf Schiffen mit von der ITF anerkannten

Kollektivverträgen arbeiten. Abkommen des Gewerkschaftsbundes mit Regierungen und Reedern stellen wesentliche Arbeitnehmerrechte sicher und werden auf den Schiffen von der ITF kontrolliert.

Saudi-Arabien

Amnesty International berichtet über ausländische Vertragsarbeiter in den Lagerhäusern von Amazon in Saudi-Arabien. Sie wurden von Arbeitsvermittlern um ihr Einkommen betrogen und sind unter schrecklichen Bedingungen untergebracht. Sie werden daran gehindert, eine andere Beschäftigung aufzunehmen oder das Land zu verlassen. Amnesty sieht den Tatbestand des Menschenhandels als wahrscheinlich erfüllt an und wirft Amazon vor, die Verletzung elementarer Arbeitnehmerrechte nicht zu verhindern, obwohl das Unternehmen zahlreiche Beschwerden der Betroffenen erhalten hat. [Hier der Bericht](#) .

Türkei

Der türkische Online-Händler Trendyol in Istanbul hat Lagerarbeiter entlassen, weil sie sich gewerkschaftlich organisierten. Ende September protestierten 15 von ihnen mit einem Sitzstreik vor dem Hauptsitz des Unternehmens. Sie wurden von der Polizei verprügelt und festgenommen. Darunter die Vorsitzenden der Gewerkschaft der Lagerarbeiter und der Telekommunikationsarbeitergewerkschaft.

Vereinigtes Königreich

Der Kongress des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, der vom 10. bis 13. September in Liverpool tagte, hat die vom Parlament des Landes verabschiedeten Anti-Streik-Gesetze verurteilt. Er erklärte, die Gewerkschaften hätten „keine andere Wahl (...), als massiven Widerstand einschließlich Arbeitskampfmaßnahmen gegen diese Gesetze aufzubauen, bis hin zur Nichteinhaltung und Verweigerung der Zusammenarbeit, um das Gesetz undurchführbar zu machen.“ Die nächste Labour-Regierung wird aufgefordert, die Antistreik-Gesetzgebung und andere gewerkschaftsfeindliche Gesetze unverzüglich aufzuheben.





VENEZUELA

Gewerkschafter Guillermo Zárraga in Lebensgefahr

Der Ingenieur Guillermo Zárraga arbeitete mehr als 18 Jahre in der Erdölraffinerie Cardón, die zur staatlichen Erdölfirma Petróleos de Venezuela S.A. (PDVSA) gehört. Er hatte eine führende Funktion in der Gewerkschaft „Sindicato Único de Trabajadores de PDVSA“. Am 14. November 2020 wurde er um 3 Uhr morgens von Beamten der Generaldirektion für militärische Spionageabwehr festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, einem US-Amerikaner Informationen zur nationalen Sicherheit gegeben zu haben. Bis heute liegen keine Beweise vor. Angesichts unmenschlicher Haftbedingungen hat sich der Gesundheitszustand

von Guillermo Zárraga drastisch verschlechtert. Im Juli verlor der 59-Jährige mehrfach das Bewusstsein, weil er nicht genügend Essen und Medikamente erhielt. Er hat Herzanfälle erlitten und stark abgenommen. Guillermo Zárraga benötigt dringend angemessene Nahrung und sofortige medizinische Versorgung. Setzt euch für Guillermo Zárraga ein; Fordert die sofortige Freilassung von Guillermo Zárraga. Er muss genügend Essen bekommen und sofort umfassend medizinisch versorgt werden!

[Hier geht's zur Petition](#)

ANGOLA

Morddrohungen gegen streikende Lehrer_innen

Ende Februar 2023 begann die Gewerkschaft für Lehrer_innen an weiterführenden Schulen in Angola (SINPES) einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Regierungsversprechen. Seitdem erhalten Gewerkschaftssprecher_innen und ihre Angehörigen Morddrohungen. Am 25. April wurde Maria Peres Alberto, Tochter des langjährigen Generalsekretärs Eduardo Peres Alberto, auf der Straße von Unbekannten mit einer giftigen Chemikalie angegriffen. Sie wurde schwer verletzt und musste 17 Tage im Krankenhaus behandelt werden. Am 11. Mai erhielt sie noch im Krankenhaus per SMS weitere Drohungen von Unbekannten. Im Sommer hat die Gewerkschaft den Streik unterbrochen, um die Prüfungen der Studierenden nicht zu gefährden. Amnesty International ruft auf, von den angolischen Behörden die unverzügliche, unabhängige, transparente Untersuchung dieses Angriffs und der Morddrohungen zu fordern und zu verlangen, dass

das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Streik geschützt wird. Bitte setzt Euch für die streikenden Lehrer_innen in Angola ein. Schreibt E-Mails, Luftpostbriefe oder Faxe an den Minister für Justiz und Menschenrechte mit folgenden Forderungen:

- Ich fordere Sie höflich auf, den Angriff auf Maria Peres Alberto und die Morddrohungen gegen sie, Eduardo Peres Alberto und andere SINPES-Sprecher_innen wirksam zu untersuchen und sicherzustellen, dass die mutmaßlichen Täter_innen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.
- Ich fordere Sie ferner auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz und die Sicherheit aller SINPES-Sprecher_innen und ihrer Familien zu gewährleisten.

Adresse: Marcy Cláudio Lopes, Ministry of Justice and Human Rights, Casarão da Justiça, Rua 17 de Setembro Gombota, Luanda, LU, ANGOLA (Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)

E-Mail: dndh.mjdh.angola@gmail.com





FÜR GERECHTIGKEIT

EU-Lieferkettengesetz: Appell für mehr Verantwortung

„Justice is Everybody’s Business“ ist Leitgedanke und Ziel von mehr als 100 Organisationen aus aller Welt, die vor fast genau einem Jahr eine europaweite Kampagne zum Schutz von Menschen und Umwelt in den globalen Lieferketten gestartet haben. Teil davon sind auch Amnesty International und das deutsche Bündnis „Initiative Lieferkettengesetz“, das sich für ein starkes und wirksames EU-Lieferkettengesetz einsetzt.

Das Ziel: Eine umfassende Pflicht für europäische Unternehmen, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen vorzubeugen sowie rechtliche Konsequenzen für Unternehmen, die verantwortungslos handeln.

In den komplexen globalen Lieferketten, die Produkte und Dienstleistungen nach Europa liefern, sind immer noch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen. Arbeiter_innen werden ausgebeutet, Umweltauflagen missachtet und ganze Gemeinschaften leiden unter den Folgen von Unternehmensaktivitäten. Das europäische Lieferkettengesetz soll diesen Missständen entgegenwirken und Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, die Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten zulassen.

Ein wichtiger Aspekt des EU-Lieferkettengesetzes ist seine mögliche Auswirkung auf die Geschäftspraktiken von Unternehmen. Indem es Unternehmen verpflichtet, ihre Lieferketten sorgfältig zu prüfen und potenzielle Risiken zu identifizieren, fördert es eine Kultur der Sorgfalt. Diese Sorgfaltspflicht sollte nicht nur auf Menschenrechte und Umweltaspekte beschränkt sein, sondern auch wirtschaftliche und soziale Auswirkungen berücksichtigen. Dies kann zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise beitragen, bei der Profitabilität im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit

und Umweltverträglichkeit steht.

Die EU-Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten hat das Potenzial, ein wegweisendes Rechtsinstrument zu werden, das die menschenrechtliche und umweltbezogene Verantwortung größerer Unternehmen in der EU regelt. Die vom EU-Parlament im Juni verabschiedete Fassung wird nun mit dem EU-Rat und der EU-Kommission verhandelt, bevor im Laufe des Jahres ein endgültiger Rechtstext erstellt wird.

Zu begrüßen ist, dass der vom Parlament unterstützte Entwurf vorsieht, Hindernisse zu beseitigen, die es Betroffenen schwer machen, von Unternehmen verursachte Schäden vor Gericht geltend zu machen. So können Gerichte der EU-Mitgliedstaaten beispielsweise anordnen, dass ein Unternehmen, das im Verdacht steht, Schaden zu verursachen, Beweismaterial offenlegen muss. Ohne Zugang zu solchen Informationen wäre es sehr schwierig, Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zur Verantwortung zu ziehen. Dennoch drohen große Schlupflöcher die Wirksamkeit des Gesetzes auszuhöhlen. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn das Gesetz so gestaltet wird, dass Unternehmen des Finanzsektors nur teilweise oder gar nicht für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden haftbar gemacht werden können, die im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehungen entstehen.

Ebenso wäre eine große Lücke im Gesetz, wenn Unternehmen auch mögliche Menschenrechtsverletzungen nicht berücksichtigen müssen, die sich aus der Verwendung ihrer Produkte ergeben. Dabei finden sich auch in der nachgelagerten Lieferkette europäischer Unternehmen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen – ob der Einsatz von giftigen Pestiziden oder Verkauf von Waffen und Überwachungstechnologie. **Weiter nächste Seite**





Die Entscheidungsträger_innen der EU müssen diese Ver-säumnisse dringend nachverhandeln – dazu zählen auch die Mitgliedsstaaten und ihre Regierungen, die mit am Verhandlungstisch sitzen.

Deutschland hat bereits einen wichtigen Schritt unter-nommen, indem es ein nationales Lieferkettengesetz verabschiedet hat. Dieses Gesetz setzt Standards für Unternehmen mit Sitz in Deutschland und dient als weg-weisendes Beispiel für andere Mitgliedstaaten, indem es zeigt, dass die Umsetzung von Lieferkettengesetzen auf nationaler Ebene möglich ist. Allerdings sieht das deut-sche Gesetz keine zivilrechtliche Haftung vor, Betroffene können ihre Rechte nicht einklagen. Ebenfalls sind Sorg-faltspflichten für die nachgelagerte Lieferkette vom Ge-setz ausgeschlossen. Das europäische Lieferkettengesetz stellt deshalb eine wichtige Chance zur Verbesserung der Menschenrechtsslage entlang globaler Lieferketten dar, in-dem es Schutzlücken schließt, die das deutsche Gesetz offenlässt. Trotzdem sind weitere Anstrengungen erfor-derlich, um sicherzustellen, dass das Gesetz effektiv und durchsetzbar ist. Die internationale Gemeinschaft soll-te diesem Beispiel folgen und ähnliche Maßnahmen zur Stärkung der Menschenrechte entlang globaler Lieferket-ten ergreifen.

Die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, er-fordern eine koordinierte internationale Reaktion. Globa-le Lieferketten sind komplex und vielschichtig, und eine gemeinsame europäische Initiative ist entscheidend, um wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Das EU-Lieferketten-gesetz ist ein erster Schritt, aber es bedarf weiterer An-passungen und Präzisierungen, um sicherzustellen, dass es seinen vollen Zweck erfüllt. Weiterhin muss die inter-nationale Gemeinschaft auf eine global einheitliche und verbindliche Regelung hinarbeiten, in Form eines völker-rechtlichen Vertrags über Wirtschaft und Menschenrechte.

Die Initiative Lieferkettengesetz wird von mehr als 130 Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisatio-nen, Gewerkschaften und kirchlichen Akteuren getragen. Dazu gehören unter anderem auch Amnesty Internatio-nal Deutschland und der Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).

**Hier kann man Bundeskanzler Olaf Scholz eine E-Mail
mit den Forderungen für ein starkes
EU-Lieferkettengesetz schreiben.**

